Stand: 16.12.2025 01:57:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10566

"Verschlechterung stoppen - Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10566 vom 16.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11646 des UV vom 31.05.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016
4. Beschluss des Plenums 17/12000 vom 14.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 14.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10566**

Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein SPD**

Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, erhebliche Anstrengungen gegen die Verschlechterung des Gewässerzustands in Bayern zu unternehmen sowie alle notwendigen Schritte zu ergreifen, die zu einem Erreichen der durch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) geregelten Umweltziele bis zum Ende der 2. Bewirtschaftungsperiode 2021, ohne Inanspruchnahme einer weiteren Fristverlängerung, führen.

Begründung:

Die im Jahr 2000 in Kraft getretene Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist der Leitfaden für den Umgang mit Wasser in allen EU-Mitgliedstaaten. Mit der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) im Jahr 2002 wurden die in Art. 4 WRRL definierten Umweltziele schließlich in Bundesrecht umgesetzt.

So sollte bis zum Ende des Jahres 2015 (1. Bewirtschaftungsperiode 2010 – 2015) der „gute Zustand“ an allen Gewässern in Deutschland erreicht werden. Neben diesem Hauptziel sind auch ein Verschlechterungsverbot, sowie ein Verbesserungsgebot Bestandteile der gesetzlich verankerten Bewirtschaftungsziele. Zu geringe Anstrengungen seitens der Staatsregierung haben jedoch dazu geführt, dass der „gute Zustand“ zum Ende der 1. Bewirtschaftungsperiode nicht erreicht wurde. Des Weiteren hat der Freistaat gegen das Verschlechterungsverbot verstoßen: Der „gute ökologische Zustand“ der Flüsse, Bäche und Seen hat sich bayernweit von knapp 22 Prozent im Jahr 2009 auf 15 Prozent in 2015 verschlechtert.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen gegen die weitere Verschlechterung der heimischen Gewässer zu ergreifen. Der geforderte „gute Zustand“ ist endgültig und ohne weitere Fristverlängerung bis zum Ende der 2. Bewirtschaftungsperiode zu erreichen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 31.05.2016 **Drucksache** 17/**11646**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 17/**10566**

Verschlechterung stoppen - Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**
Mitberichterstatter: **Dr. Otto Hünnerkopf**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 14. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 31. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Zuruf von der SPD: Zwei haben zugestimmt! – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Also, mit zwei Zustimmungen von den FREIEN WÄHLERN.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Drei Zustimmungen!)

– Drei Zustimmungen. Werden es noch mehr? – Also, drei Zustimmungen vonseiten der FREIEN WÄHLER.

Zu guter Letzt stimmen wir über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11815 ab – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –: Wer will diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz" auf der Drucksache 17/10519. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen befinden sich dort, wo sie immer sind. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.06 bis 15.11 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis, wie immer, draußen zu ermitteln. Ich bitte die Kollegen, wieder die Plätze einzunehmen.

Ich habe noch bekannt zu geben: Bei Tagesordnungspunkt 5 ist die **Listennummer 14** der nicht einzeln zu beratenden Anträge noch offen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Adelt und anderer (SPD) betreffend "Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen" auf Drucksache 17/10566. Die Aussprache wird wohl durch einvernehmliche Absprache der Fraktion auf Dienstag, den 14.06.2016 verschoben. Damit wird dieser Tagesordnungspunkt heute nicht aufgerufen.

Wir fahren mit den Dringlichkeitsanträgen fort. Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)
Lehrkräfte entlasten! - Unterrichtsausfall durch Neueinstellungen vermeiden (Drs. 17/11810)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterrichtsausfall endlich reduzieren - Planstellen voll umfänglich besetzen! (Drs. 17/11829)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Petersen für die SPD. Bitte sehr.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Finanzminister die Staatsregierung im Allgemeinen und sich selber im Besonderen quasi als 15. Nothelfer dargestellt hat, hätte ich für ihn jetzt ein weiteres Einsatzgebiet. "Es gefällt mir kein Stand so gut, ich wollte auch keinen lieber annehmen, als ein Schulmeister zu sein." Das hat Martin Luther einmal gesagt. Auch wenn sich der Beruf des Lehrers im 16. Jahrhundert vom Beruf des Lehrers im 21. Jahrhundert erheblich unterscheidet, wäre die von Luther bekundete Wertschätzung auch heute höchst wünschenswert. Erfreulicherweise gibt es sie.

Lehrer als Traumberuf, das gilt für viele Studierende, aber auch – und das mag erstaunen – für viele Lehrerinnen und Lehrer. Wäre das nicht der Fall, wäre es um die Unterrichtsversorgung an vielen unserer bayerischen Schulen schlecht bestellt. Dann würden pro Woche nicht nur 41.721 Stunden, sondern fast 250.000 ersatzlos ausfallen. Nur weil Schulleiter oder Kollegen als Vertretung einspringen, Klassen zusammenlegen oder andere kreative Lösungen finden, wird ein Unterrichtsausfall von durchschnittlich 10 % des Unterrichts – so hat es der BLLV erhoben – verhindert, der voll zulasten der Schüler ginge. Das darf nicht so bleiben.

Der BLLV diese Woche zu Recht Alarm geschlagen. Deshalb verlangen wir, die SPD-Fraktion, heute mit unserem Dringlichkeitsantrag die nötige Aufstockung der Mobilen Reserve und der integrierten Lehrerreserve an den weiterführenden Schulen. Der erhebliche Unterrichtsausfall zeigt, dass wir nicht zu viele, sondern zu wenige Lehrer haben.

Das hat mehrere Gründe. Entgegen den Prognosen haben wir steigende Schülerzahlen. Dabei spielen auch die Flüchtlinge eine große Rolle. Waren es zu Beginn des Schuljahres noch 46.300, so sind es jetzt

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.06.2016 **Drucksache** 17/**12000**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein SPD**

Drs. 17/**10566**, 17/**11646**

Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Dr. Otto Hünnerkopf
Abg. Nikolaus Kraus
Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Dr. Christian Magerl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5**:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Verschlechterung stoppen - Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen (Drs. 17/10566)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als Erster hat Herr Kollege Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege, kommen Sie zum Rednerpult.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie lässt sich die Gewässerpolitik der Staatsregierung beschreiben? Mit einem Wort: CSU – chaotisch, schlampig und unfähig.

(Unruhe bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Das bitte ich doch zu vermerken, Herr Präsident.

Seit 2002, also seit beinahe 15 Jahren, wissen wir, was im Bereich des Gewässerschutzes auf uns zukommt. Die im Jahr 2000 in Kraft getretene Europäische Wasserrahmenrichtlinie wurde nämlich zu jenem Zeitpunkt mit einer Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes in Bundesrecht umgesetzt. Das muss auch die CSU wissen. So viel zu der Zwischenbemerkung, die ich gerade gehört habe. – In dieser Richtlinie wird gefordert, dass der gute Zustand aller Grund- und Oberflächengewässer in Deutschland herzustellen *ist*. Was ist auf diesem Gebiet in den vergangenen 15 Jahren geschehen? – Im Freistaat Bayern absolut nichts, jedenfalls nichts mit Wirkung.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur das, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn es wenigstens nur Stillstand wäre, mit dem wir unsere Gewässer und die darin vorkommenden Tiere und Pflanzen

– und damit zu guter Letzt auch uns – abstrafen, nein, mit der CSU in Regierungsverantwortung gibt es sogar einen Rückschritt im Bereich des Gewässerschutzes. Die Staatsregierung macht bisher überhaupt keine Anstalten, Maßnahmen, die langfristig zu einer Verbesserung des Gewässerzustandes führen würden, einzuleiten. Keine!

Was sind die zentralen Ursachen für den schlechten Zustand unserer Gewässer? – Eine Ursache ist die zu hohe Belastung von Grund- und Oberflächenwasser mit Nitrat. Auch der Bayerische Gemeindetag, auf den Sie sich sonst immer berufen, hat die Problematik erkannt und auf einer Sitzung am 10. Mai 2016 – das ist noch nicht lange her – in Rothenburg ob der Tauber aufgegriffen. Laut Gemeindetag besteht angesichts der zunehmenden Nitratbelastung außerhalb von Wasserschutzgebieten mittelfristig und langfristig Handlungsbedarf. An einer Vielzahl von Messstellen wird der Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter Wasser bereits überschritten.

Ich komme zu einer weiteren Ursache. Die Umsetzung der ökologischen Durchgängigkeit in Bayern und der Verlust von natürlichen Gewässerstrukturen bereiten erhebliche Probleme. Insgesamt gibt es bayernweit 60.000 Querbauwerke und Wehre in kleinen und in großen Fließgewässern. 25.000 davon befinden sich in einem wasserrahmenrichtlinienrelevanten Gewässer. Von diesen sind wiederum über 50 %, also fast 13.000, nicht ökologisch durchgängig.

Wir stellen fest, dass im Freistaat 85 % der etwas mehr als 80 bayerischen Fischarten auf der Roten Liste stehen. Sie von der CSU und der Staatsregierung haben dieses Ergebnis zu verantworten. Es ist ein Ergebnis, das in die Liste Ihres Versagens – diesmal im Bereich des Gewässerschutzes – aufzunehmen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir verkennen nicht, dass bei der Abwasserbehandlung durch die Städte und Gemeinden viel geleistet wurde. Wir brauchen aber immerhin noch fast vier Milliarden Euro, um die Rohre zu sanieren. Wie der Zustand der privaten Kanäle ist, die übrigens

doppelt so lang sind wie die öffentlichen Kanäle, interessiert im Ministerium niemanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Renaturierung von Fließgewässern als ökologische und hoch effektive Wasserschutzmaßnahme – ich nenne das Stichwort Retentionsraum – wird nicht ausreichend intensiv betrieben. Der gute ökologische Zustand unserer Flüsse, Bäche und Seen hat sich bayernweit von knapp 22 % im Jahr 2009 auf 15 % im Jahr 2015 verringert. Bravo, liebe CSU! Darin dokumentiert sich das Versagen der Ministerin. Sie und Ihre Vorgänger, Herr Söder und Herr Huber, haben sich nicht nur nicht genug, sondern gar nicht darum gekümmert. Eine Schande, wie Sie mit unserer Heimat umgehen!

(Beifall bei der SPD)

Eine Verschlechterung um sieben Prozentpunkte ist atemberaubend und mies. So muss man es einfach sagen. Der geschätzte Kollege Hünnerkopf kann sich im Umweltausschuss noch so viele fragwürdige Argumente einfallen lassen, die gegen eine tatsächliche Verschlechterung sprechen sollten, aber Verschlechterung bleibt Verschlechterung. Festgestellt hat dieses Ergebnis übrigens nicht die SPD oder ein sonstiger vielleicht von Ihnen verdächtigter Verband. Dieses Ergebnis wurde von Ihnen selbst amtlich festgestellt.

Sie haben klar gegen das Verschlechterungsverbot der Europäischen Union verstoßen. Jetzt drohen uns erhebliche Strafzahlungen. Die CSU hat uns im Ausschuss sogar bestätigt, dass sie bis zum Jahr 2027 warten möchte, um erst nach dem Ablauf der zweiten Frist geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Umweltpolitik im Freistaat ist in dieser Hinsicht eine Bankrotterklärung der Bayerischen Staatsregierung. Sie sind nicht bereit, sich darum zu kümmern, dass es etwas schneller geht. 15 Jahre reichen der CSU nicht. Sie braucht noch mehr Zeit, um die Sache in Ordnung zu bringen.

Nun liegt es an uns, das Missmanagement zu beenden und den geforderten guten Zustand ohne Inanspruchnahme weiterer Fristverlängerungen bis 2027 zu erreichen.

Daher fordern wir die Staatsregierung auf, unverzüglich Maßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung zu ergreifen. Bis zum Ende der zweiten Wirtschaftsperiode, also bis 2021, soll ein guter Zustand aller bayerischen Gewässer hergestellt sein. Ein Verlust von sieben Prozentpunkten – so darf es nicht weitergehen. Ich bedanke mich noch einmal beim Kollegen Pfaffmann für die gute Zusammenarbeit auf dem Gebiet. Er hat mich hier massiv unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Hünnerkopf von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag am 14. April im Umweltausschuss behandelt. Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, wir haben die Aspekte, die in dem Antrag genannt sind, mit guten Gründen und sachlichen Argumenten sehr differenziert aufgegriffen. Wenn Sie sich jetzt hier herstellen und vollmundig und laut Ihre Behauptungen nochmals wiederholen, aber überhaupt nicht auf unsere wirklich zutreffenden Argumente eingehen, sollten Sie etwas vorsichtiger mit Ausdrücken wie "chaotisch" und "schlampig" sein. Ich komme noch darauf zurück.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sind uns allen klar und bekannt. Wir sollen beim ökologischen Zustand von künstlichen und erheblich veränderten Gewässern ein gutes Potenzial und einen guten chemischen Zustand der Oberflächengewässer und des Grundwassers erreichen. Das wissen wir. Für 2009 wurden die Grundlagen auch ermittelt. Wir haben es schon gesagt: 2009 wurde aus heutiger Sicht relativ schnell gehandelt, mit manchen Erkenntnissen und manchen Daten war man damals noch nicht so weit. Das gilt zum Beispiel für die Fischfauna. Deshalb kann die Situation von damals nicht mit der Situation von heute verglichen werden. Auch die Gewässerkörper sind anders zugeschnitten. Mit

diesen neuen Erkenntnissen ist auch zu erklären, warum es eine Verschlechterung von 22 % auf 15 % gibt.

Wer bei uns mit offenen Augen durch die Landschaft geht und beachtet, welche Maßnahmen seit vielen Jahren kontinuierlich von der Flurneuordnung bis zu den Wasserwirtschaftsämtern ergriffen und durchgeführt werden, kann sich heute nicht hier herstellen und sagen, der Zustand der Gewässer habe sich bei uns maßgeblich verschlechtert.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Warum gibt es dann das Vertragsverletzungsverfahren der EU?)

Meine Damen und Herren, natürlich ist auch aus unserer Sicht der Grund für den keineswegs zufriedenstellenden Zustand der Gewässer auch der Eintrag von Nährstoffen, von Nitrat. Deshalb wird von der Landwirtschaft und von allen, die dafür verantwortlich sind, alles getan, dass wir sukzessive vorankommen. Es gibt aber keine Zauberformel, um dieses Ziel in kürzester Zeit zu erreichen. Das ist weiterhin eine Anstrengung für uns alle.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Seit wie vielen Jahren?)

Gleiches gilt für die strukturellen Defizite. Ich war letzte Woche beim Lech-Symposium. Der Lech soll renaturiert werden. Darüber besteht in der Gesellschaft ein großer Konsens. Trotzdem dauert es viele Jahre, bis so eine Maßnahme vorbereitet ist und durchgeführt werden kann. Dieses Beispiel ist symptomatisch. Man braucht erst einmal gedankliche Vorgaben, man braucht Planungen, dann braucht man immer wieder das Einverständnis derjenigen, die Grund und Boden haben, damit man auch auf Flächen zurückgreifen kann, um die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Sie haben von 60.000 Querbauwerken gesprochen. Wie will ich denn in wenigen Jahren 60.000 Querbauwerke einfach aus den Fließgewässern herausnehmen? – Da geht es nicht nur um Durchlässigkeit, sondern zum Teil auch um Gebäudesubstanz.

Es geht um viele andere Aspekte der Kulturlandschaft, die nicht so ohne Weiteres von heute auf morgen verändert werden können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie viele Jahre sind denn wenige Jahre?)

Ich sage es noch einmal: Es wurde viel getan, und es wird ständig viel getan. Wir stellen Millionenbeträge zur Verfügung mit dem Ziel, viele Maßnahmen nach und nach umzusetzen. Wer ein bisschen Sinn für Realität hat, weiß von vornherein, dass es bis 2015 nicht zu schaffen ist, alle notwendigen Gewässerumgestaltungsmaßnahmen auszuführen. Es ist auch sehr ambitioniert, das bis 2021 oder 2022 schaffen zu wollen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also 2050!)

Warum? – An jedem Gewässer gibt es viel zu tun. Lieber Herr Pfaffmann, Sie können doch nicht sagen, dass es nur in Bayern so ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie mir sagen, wann?)

Vor dieser Herausforderung stehen wir in ganz Deutschland. Wir müssen die Sünden der Vergangenheit – so nenne ich es einmal –, dass wir den naturnahen Zustand der Gewässer in einen recht technischen verändert haben, wieder rückgängig machen. Gleiches gilt auch für das Grundwasser. Aber auch die Gewässerberater, welche die Bauern beraten, stellen fest, dass sich sehr viel tut.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie viele Jahre brauchen wir noch?)

Wir werden mit den in den Haushalt eingeplanten Maßnahmen bis zum Jahr 2021 oder 2022 weiter Fortschritte machen. Das können Sie nicht wegreden. Wir werden aber bis zum Jahr 2021 noch nicht das letzte Gewässer in den ursprünglichen Zustand gebracht haben.Das war auch der Grund dafür, dass ich im Umweltausschuss gesagt habe, dass wir auch noch bis zum Jahre 2027 brauchen werden. Nun können wir uns hier ja immer wieder trefflich austauschen. Der Antrag ist vor einem Jahr

schon einmal in ähnlicher Form gestellt worden. Bei den Diskussionen habt ihr immer wieder Gelegenheit, euch in Erinnerung zu bringen. Aber die Menschen, die die Augen offen haben und normal denken, verstehen, dass der Weg, den wir beschritten haben, richtig ist. Sie wissen, dass wir das Geld nur sukzessive und nicht auf einmal zur Verfügung stellen können. Wir können auch nicht die Manpower zur Verfügung stellen, um schnell alles planen und ausführen zu lassen. Ich frage mich, was diese Mitarbeiter dann machen sollten, wenn im Jahr 2021 alles aufgearbeitet wäre.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Komische Argumentation!)

Es ist also alles sehr theoretisch, was Sie hier vortragen, und das ist der Grund, warum wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat sich der Kollege Scheuenstuhl zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Hünnerkopf, ich bedanke mich zunächst einmal dafür, dass Sie die Zahlen bestätigt haben. Ich wiederhole sie. Ein Rückgang von 22 % auf 15 % ist eine Verschlechterung. Das Ganze hat im Jahre 2000 seinen Anfang genommen. Wenn es damals weitsichtige Menschen gegeben hätte, müssten wir eigentlich jetzt nach 15 Jahren so weit sein, dass es ein Minimum wäre, den damaligen Zustand zu erhalten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Ich spreche von Minimum. Ich habe in meiner Rede ja auch schon betont, dass etwas getan worden ist. Sowohl Gemeinden als auch Bürgerinnen und Bürger haben viel Geld in die Hand genommen. Gerade deshalb muss ich jetzt fragen, wie es zu einem solchen Versagen kommen konnte. Dieses Versagen war absehbar. Das sage ich jetzt einfach so.

Sie sprechen von den Menschen draußen. Natürlich hat jeder sein eigenes Umfeld. Wir haben beispielsweise mit den Fischern, mit dem Bund Naturschutz und den Menschen, die an den Gewässern leben, regen Kontakt. Da werden wir gefragt: Wie sieht es aus? Muss es wirklich sein, dass wir keine Fische mehr in unseren Gewässern haben? Immerhin sind ja schon 85 % unserer Fischarten in Bayern gefährdet und stehen auf der Roten Liste. Dann hören wir von den Mitarbeitern des Ministeriums im Ausschuss – Sie waren ja selbst dabei –: 2027 und dann sehen wir weiter!

Ich glaube, das ist nicht die Art, wie man diese Sache angehen darf. Gerade bei der Flurbereinigung hat man doch gesehen, dass man etwas machen kann, wenn man es nur will. Dann kann man auch ordnen. Unsere Leute können das. Deswegen fehlt es nach meiner Meinung – ich habe das auch so gesagt – am Willen zur Umsetzung.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Scheuenstuhl. – Herr Dr. Hünnerkopf, Sie haben das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Kollege Scheuenstuhl! Ich habe den Zusammenhang zwischen 22 und 15 % erklärt. Ich möchte das nicht wiederholen. Hier im Hohen Haus sitzen nämlich lauter Menschen, die mitdenken und das verstanden haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das bezweifle ich!)

Die Aussage, dass wir mit den getroffenen Maßnahmen eher dem Fischbestand schaden würden, wird uns im Austausch mit den Fischereifachverbänden jedenfalls nicht bestätigt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist die Wahrheit!)

Es wird uns gesagt, dass wir sicher noch mehr tun könnten. Da wird sehr viel Neues zum Beispiel in Verbindung mit der Wasserkraft und der Schonung der Fische getan. Die Aussage, es werde schlechter und immer schlechter, ist fern jeder Wirklichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr Kollege, dafür werden Sie von niemandem eine Bestätigung bekommen. Wir sind da auf bestem Wege. – Ihre weiteren Anmerkungen will ich nicht beantworten; denn für mich sind sie deplatziert.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Weil Ihnen die Antworten fehlen! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Mehr gibt es wohl vonseiten der CSU dazu nicht zu sagen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Vor genau einem Jahr hat die SPD einen gleichlautenden Antrag eingebracht mit dem Anliegen,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Bayerns Gewässer bis zum Jahr 2021 in einen guten Zustand zu bringen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Richtig!)

So wünschenswert dieser Zustand wäre, finden sich doch keine Lösungsvorschläge in diesem Antrag.

Herr Kollege, Sie haben mir einmal vorgehalten, eine schlechte Rede gehalten zu haben. Ich habe damals gesagt, ich musste mich auf einen schlechten Antrag beziehen. Nun, eine schlechte Rede auf einen schlechten Antrag, vielleicht spielen wir das gleiche Spielchen ja jetzt wieder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Ihrem Antrag fordern Sie die Staatsregierung eigentlich nur auf, umgehend tätig zu werden. Da ist keinerlei Lösungsvorschlag dabei.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wofür bezahlen wir die Staatsregierung?)

Wir sind uns sicherlich in diesem Hohen Hause alle einig, dass der Zustand der bayerischen Gewässer noch weiter verbessert werden muss. Immerhin ist die Grundwasserqualität nicht so schlecht, wie Sie es gerade ausgeführt haben.

Ich könnte jetzt natürlich etwas polemisch werden und im Hinblick auf Oberbayern sagen, dass wir hervorragend dastehen. Wie es in Franken, insbesondere in Unterfranken aussieht, wissen wir aufgrund der Farbschattierungen auf der Karte.

Was wir beim gesamten Thema nicht vergessen dürfen, ist die Wirkung der Trockenheit auf die einzelnen Gewässer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Letztes Jahr hatten wir in Unterfranken eine massive Trockenheit. In Rheinland-Pfalz war es im Grunde noch schlimmer.

(Florian von Brunn (SPD): Was haben Sie denn da in Rheinland-Pfalz gemacht? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wein gekauft! – Allgemeine Heiterkeit)

– Eigentlich nicht. Ich bin ja ein Biertrinker. – Noch einmal: Konkrete Vorschläge finde ich in Ihrem Antrag nicht, werte Kollegen von der SPD-Fraktion. Deswegen werden wir auch heute den Antrag wieder ablehnen, so wie wir es im Ausschuss schon getan haben.

Ich kann nur betonen, den FREIEN WÄHLERN ist die Freiwilligkeit wichtig. Vorhin sagte der Kollege, auf der rechten Seite gebe es Leute, die mitdenken. Ich deute wohl die Körpersprache des Kollegen beim Stichwort KULAP richtig. KULAP wird von den bayerischen Bauern derart gut angenommen, dass die Fördermittel jetzt schon zu wenig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man kann es schlecht erklären, dass bayerische Bauern freiwillig bereit sind, noch mehr für die Umwelt zu tun, und das dann an den finanziellen Mitteln scheitert. Das geht überhaupt nicht.

Ich will mir nicht anmaßen, eine Lösung für das Problem anzubieten. Ich möchte aber etwas aus meiner eigenen Erfahrung berichten. In meiner Gemeinde gibt es 43 km Fließgewässer dritter Ordnung. Ich frage mich, warum es diese Gewässer gibt. In erster Linie hatten diese Gewässer die Funktion der Be- und Entwässerung. Da kann man nun ganz gut Rückschlüsse auf die aktuellen Hochwasserereignisse ziehen. Solange ich noch ein kleiner Bub war, sind diese Gewässer immer ausgebaggert und gepflegt worden. Geschiebe-Management! Alles ist ausgebaggert worden. Heute versanden die Ufer; sie verpesten. Sie werden zugeweht, und teilweise bleibt nur noch ein minimales Bachbett übrig. Das darf im Grunde nicht sein.

Nun noch ein Wort zu den Querbauwerken. Wir haben die Zahlen gehört, das zwischen 25.000 und 40.000. Ich bin ein Fan der Wasserkraft. Das kann ich nicht oft genug wiederholen. Vor 100 Jahren gab es in Bayern 10.000 Wasserkraftwerke. Solange gibt es den Großteil der Querverbauungen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten 30 Jahren irgendwo eine neue Querverbauung entstanden wäre. Denken wir einmal 50 oder 70 Jahre zurück. Wie war da die Durchgängigkeit? War damals der Gewässerzustand auch so schlecht? Gab es da schon Pflanzenschutzmittel, die die Gewässer verseuchten? Wie sah es damals aus?

Und noch auf ein Thema will ich hinweisen. Ich gehöre zu den zwei Abgeordneten, die im vergangenen Jahr bei der Exkursion des Umweltausschusses in den Isarauen dabei waren. Damals hatte ein Biber einen Bachlauf so trockengelegt, dass 19 Fischarten in diesem Bachabschnitt ausgestorben sind. So viel zum Biber! Der ist vielleicht auch nicht ganz schuldlos am Rückgang des Fischbestandes.

Ich bin am Ende meiner Redezeit. Der Herr Kollege Scheuenstuhl hat sich gemeldet, und ich erwarte mit Spannung seine Frage. Ich bedanke mich jetzt schon für das Zu-

hören und darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir den Antrag ablehnen, weil er keinerlei Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Scheuenstuhl. Bitte sehr.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Dass der Biber – der ist, glaube ich, gar kein Fleischfresser – anscheinend so viele Fische vernichtet, dass mehrere Fischarten in Bayern aussterben, ist eine neue Betrachtungsweise. Das müssen wir natürlich in Zukunft bei der ökologischen Bewertung ganz besonders berücksichtigen. Das sind die Empfehlungen der FREIEN WÄHLER in Bayern. Ich glaube, ich kriege mich nicht mehr ein.

Natürlich, Kollege Kraus, haben wir Vorschläge gemacht. Ich darf an unsere Anträge zum Nitrat erinnern. Wir sind im Moment in der Bundesregierung dabei – leider blockiert das Landwirtschaftsministerium –, für Nitrat und das Ausbringen von Gülle endlich einmal Regeln zu finden, die dem tatsächlichen Pflanzenbedarf Rechnung tragen. Wir haben ein Problem mit der Lagerung von Nitrat. Wir haben Anträge gestellt zur Abdichtung der Kanäle. Wir haben einen Antrag gestellt zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere von Glyphosat. Wir haben einen Antrag gestellt zu Mikroplastik und zur Biodiversität. Herr Kollege von Brunn, unser Experte auf diesem Gebiet, hat hier viele gute Vorschläge gemacht. Natürlich geht es uns wie Ihnen, dass die CSU macht, was sie will. Wenn das dann dazu führt, dass sich der Zustand von 22 auf 15 % verschlechtert, dann ist es natürlich unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen. Kollege Kraus, in unserem Antrag vom letzten Jahr werden Sie diese Zahl der Verringerung von 22 auf 15 % nicht finden. Das war der eigentliche Sinn dieses Antrags, bestätigt zu bekommen, dass die Maßnahmen versagt haben.

Zum KULAP gebe ich Ihnen recht: Die Freiwilligkeit, die auch von Ihnen immer betont wird und die Übung, dass Gewässerrandstreifen über das KULAP finanziert werden, sind blockiert. Soweit ich festgestellt habe – ich habe vorhin nachgefragt –, gibt es

kein Geld mehr für zusätzliche Maßnahmen. Diese Freiwilligkeit ist blockiert; da gebe ich Ihnen recht. Hier müssten mehr Mittel eingesetzt werden, oder man muss versuchen, hier doch restriktivere Maßnahmen zu ergreifen. Zuschauen – Sie haben davon gesprochen – tun wir nicht. Wir machen Vorschläge.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich bedanke mich sehr herzlich, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der SPD)

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, bei vielen Punkten sind wir beieinander. Zum Mikroplastik finden Sie ein offenes Ohr bei mir und bei meiner Fraktion, auch bei den Verbraucherschutzverbänden, wie bei der kürzlich durchgeführten Ehrungsveranstaltung ganz klar zum Ausdruck gekommen ist.

Aber wir können gerne in das Fachliche einsteigen: Es gibt neue Weizen-Hochleistungssorten. Die Düngeverordnung erlaubt 170 kg/ha Stickstoff. Neue Hochleistungssorten haben wesentlich mehr Bedarf. Ich würde Sie gern sehen, wenn Sie täglich nur 800 Kalorien zu essen bekämen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wäre besser! Ich bin sofort dabei!)

– Vielleicht wäre das für Sie – bitte nicht persönlich nehmen – auch besser. Aber den Pflanzen muss man einfach das Notwendige geben, damit sie ihr Ertragspotenzial ausschöpfen können.

Ich habe den Beruf des Landwirts auch einmal gelernt. Früher hat man Gülle, Jauche, Mist gefahren, wenn der Boden aufnahmefähig war, wenn die Pflanzen das verwerten konnten. Leider wird wegen sehr starrer Gesetze, Richtlinien oder Düngeverordnungen heute nicht mehr nach fachlichen Gesichtspunkten gearbeitet, sondern nach dem Kalender. Weil am 1. Dezember die Sperrfrist beginnt, wird Ende November auf Teufel komm raus gefahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Harry Scheuenstuhl (SPD): Mit Ausnahmegenehmigung! Wir haben letztes Jahr viele Ausnahmegenehmigungen gehabt!)

Zum Schluss, weil meine Redezeit nicht unbeschränkt ist, komme ich noch auf den Biber zu sprechen. Sie können sich an den Fall nicht erinnern: Ein Bach stürzte zwei, drei Meter in die Isar, der Biber hat den Bach aber durch eine Umleitung tatsächlich so trockengelegt, dass in dem restlichen Gewässer kein Wasser mehr war. Der Biber ist – ganz klar – kein Fischfresser, aber ohne Wasser können Fische nicht leben. Da sind wir uns auch einig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn alles in Bayern im Umweltschutz so hervorragend wäre, dürfte ich jetzt hier nicht stehen. Die EU-Verordnung stammt aus dem Jahr 2000, und darin heißt es, dass in den nächsten 15 Jahren, also bis zum Jahr 2015, ein guter ökologischer und ein guter chemischer Zustand der Gewässer erreicht werden soll. 2015 war das vergangene Jahr. Das Thema müsste eigentlich, wenn wir uns exakt an die Verordnung der EU gehalten hätten, letztes Jahr abgeschlossen gewesen sein. Dann hätten wir Ende letzten Jahres eine schöne Feier gemacht und hätten gesagt: Alle Gewässer in Bayern sind in einem guten Zustand. Aber jetzt sind wir, lieber Kollege Otto Hünnerkopf, davon bedauerlicherweise noch ein gigantisches Stück weit entfernt.

Es ist richtig, dass die SPD diesen Antrag schon einmal gestellt hat. Wir haben ähnliche Anträge gestellt, und es ist bedauerlich, dass es notwendig ist, diese Anträge zu stellen. Wir werden diesem Antrag aber aus vollem Herzen zustimmen und ihn unterstützen. Wir werden nicht lockerlassen mit Anträgen, bis der gute ökologische Zustand hier in Bayern erreicht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich denke an die Debatten im Ausschuss. Man redet nicht über den Bewirtschaftungszeitraum bis 2021, sondern bis 2027. Die EU-Verordnung ist nicht für den Sankt-Nimmerleins-Tag geschrieben, Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Wir müssen hier deutlich beschleunigen. Ich trete jetzt nicht in den Streit ein, um wie viel Prozent das jetzt schlechter geworden ist. Aber insgesamt – das zeigen alle Unterlagen, auch die internen Papiere aus der Umweltverwaltung – ist es nicht besser geworden, sondern es ist schlechter geworden. Da hilft auch das Ausreden auf den neuen Zuschnitt der Einheiten nichts. Selbst wenn wir sagen, es ist nicht schlechter geworden: In der Verordnung steht, dass es besser werden muss. Das müssen wir umsetzen, sonst folgt das nächste Vertragsverletzungsverfahren, und wir zahlen dann letztendlich in einem gigantischen Umfang.

Ich wage auch zu prophezeien, dass dieser bayerische Weg, nur auf Freiwilligkeit zu setzen, der falsche ist. Gerade beim Gewässerschutz wird es ohne einen gewissen Zwang – Stichwort Gewässerrandstreifen und Ähnliches – nicht gehen. Nur mit Freiwilligkeit – das zeigt mir auch meine langjährige Lebenserfahrung – wird es in diesem Zusammenhang nicht funktionieren und nicht zu schaffen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben nach wie vor in vielen Gebieten einen Stickstoffüberschuss. Wir haben nach wie vor – der Kollege Scheuenstuhl hat das schon umfangreich geschildert – Nitratbelastung auch in Trinkwassereinzugsgebieten, wo das Trinkwasser dann aufbereitet werden muss. Wir haben Nitrat im Grundwasser auf fast 40 % der Fläche, wo wir den guten Zustand nicht erreichen.

Am schlimmsten sieht es mit dem ökologischen Zustand unserer Gewässer aus. Da ist in der Tat der schlechte Zustand unserer Fischfauna maßgebend und bestimmend. Das hat, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nicht die SPD festgestellt, und das haben auch wir nicht festgestellt – ich habe zwar einen Fischereischein, aber ich sitze nicht ständig draußen und fische und schaue, was drin ist oder was nicht drin ist –,

sondern das sind die Feststellungen aus dem Umweltministerium. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der Zustand unserer Fischfauna absolut nicht befriedigend ist. Gerade die Kieslaicher sind aufgrund der gigantischen Erosion und Verschlammung unserer Gewässer in einem bedauernswerten Zustand, wie die Rote Liste zeigt. Da gibt es kaum einen Kieslaicher, der nicht auf der Roten Liste steht.

Das heißt zusammenfassend: Es besteht nach wie vor enormer Handlungsbedarf. Wir müssen hier auch Geld in die Hand nehmen. Sie kennen alle die internen Papiere, in denen beklagt wird, dass die Behörden nicht ausreichend Personal haben. Wir müssen sie ausreichend mit gut ausgebildetem Personal ausstatten, damit wir diese Richtlinie erfüllen können. Da müssen wir anpacken. Wir müssen an der Herstellung des Fließgewässerkontinuums weiterarbeiten. Die Zahl der Querbauwerke in unseren Gewässern ist nach wie vor groß. Es gibt eine ganz große Menge von Querbauwerken, die wir herausnehmen bzw. durch raue Rampen ersetzen könnten, um die Durchlässigkeit dort wieder herzustellen, wo es nicht an Gebäuden oder an den Grundstücken liegt, sondern wo es einzig und allein an der Umsetzung liegt, am fehlenden Personal und Geld, um diese Querbauwerke zu entfernen.

Herr Kollege Hünnerkopf, Sie weisen auf die langen Zeiträume hin und dass das alles seine Zeit dauere. Ich frage mich manchmal, warum das im Umweltschutz, beim Naturschutz, im Gewässerschutz so lange dauert. Wenn Sie eine neue Autobahn bauen wollen, sind Sie wesentlich schneller und kommen auch immer an den Grund und Boden heran. – Wir werden dem Antrag zustimmen und bitten die CSU, dasselbe zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschuss-

votum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.